

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Stefan Löw

Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christoph Maier

Abg. Florian Siekmann

Abg. Markus Rinderspacher

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Neuordnung der Bayerischen Ehrenzeichen infolge der strategischen

Neuausrichtung der Bundeswehr (Drs. 19/11035)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)

(Drs. 19/11924)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Jahren durfte ich mit der Arbeitsgruppe Wehrpolitik der CSU-Landtagsfraktion beim Panzerbataillon 104 in Rukla und Vilnius in Litauen sein, das dort stationiert ist. Ich sage Ihnen: Wer dort war, wer dort mit den Soldatinnen und Soldaten sowie mit Verantwortlichen aus Litauen gesprochen hat, wer dort zerstörte Panzer aus der Ukraine in einer Panzerwerkstatt gesehen hat, kommt nicht unverändert zurück.

Man merkt, dass dort kein Manöver stattfindet, sondern eine echte Abschreckung an der NATO-Ostflanke betrieben wird. Man spürt, dass dort eine andere Sicherheits- und Bedrohungslage als in München herrscht. Man spürt dort, dass sich die baltischen Staaten auf Deutschland und die NATO verlassen. Dieser Verantwortung müssen wir auch gerecht werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor dem Hintergrund des bundesweiten Veteranentags am letzten Montag möchte ich ein herzliches Dankeschön an unsere Soldatinnen und Soldaten richten; denn unsere Soldaten sind dort, um unsere Freiheit und den Frieden in Europa zu schützen. Sie sind dort, weil wir unsere Sicherheit in Europa nicht nur an den eigenen Landesgrenzen verteidigen können. Ich stelle fest: Hinter jeder Uniform steht ein Mensch, der sich für unser Land einsetzt. Deshalb: Danke für Ihren Dienst und für die Verantwortung, die Sie tragen. Dieser Einsatz ist nicht selbstverständlich, sondern von unschätzbarem Wert. Er genießt unser aller Respekt und Anerkennung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Was wir gerade in Litauen erleben, ist der Ausgangspunkt für das Gesetz, das wir heute beschließen werden. Im Jahr 2021 hat die CSU-Fraktion zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung das Auslandsehrenzeichen eingeführt. Dieses Auslands-ehrenzeichen war richtig und wichtig. Damit wurde erstmals ein Ehrenzeichen mit klaren Kriterien im Freistaat Bayern eingeführt. Dieses Ehrenzeichen wollen wir nun weiterentwickeln; denn es geht nicht mehr nur um die Stabilisierung ferner Regionen im Rahmen von Auslandsmissionen, sondern es geht um direkte Landes- und Bündnisverteidigung an den Grenzen Europas.

Meine Damen und Herren, das ist keine Meinung, sondern das ist Realität – vor allem angesichts der verschiedenen Fälle von Grenzverletzungen im Baltikum. Man spricht da mittlerweile immer relativ oberflächlich von hybriden Bedrohungen. Wir haben natürlich auch den Krieg in der Ukraine und verschiedene Truppenbewegungen in Weißrussland, von denen niemand so recht weiß, wozu sie eigentlich dienen.

Aus meiner Sicht kann man da nicht gleichgültig zusehen, vor allem auch deshalb, weil wir NATO-Verpflichtungen haben. Neutralität im Sinne des Völkerrechts ist etwas anderes als Gleichgültigkeit. Wenn das Recht des Stärkeren greift, dann kann man nicht einfach zusehen. Man kann nicht gleichgültig mit den Schultern zucken, wenn der Stärkere den Schwächeren unter Wasser drückt. Da heißt es dann natürlich,

Zähne zusammenbeißen, da gilt es, dem Schwächeren zu helfen, indem man dem Stärkeren die Stirn bietet. Auch das ist natürlich Selbstverteidigung, das ist Solidarität, das ist Bündnistreue. Wer das nicht versteht, der hat die Lehren unserer Geschichte nicht verstanden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde es darum positiv, dass diesem Gesetz in den Ausschüssen geschlossen zugestimmt wurde. Das ist ein tolles, ein richtiges und wichtiges Signal, das von diesem Hohen Haus ausgeht. Es zeigt, dass die breite Mehrheit dieses Hauses über alle Fraktionsgrenzen hinweg den Dienst für unser Land anerkennt.

Diese Mehrheit gibt sich auch nicht dem pauschalen Misstrauen hin, das die AfD hier wieder einmal mit ihrem Änderungsantrag sät. Ein solcher Antrag ist im Kern ein Misstrauensvotum gegen alle Politiker in unserer Gesellschaft. Man muss erst einmal auf die Idee kommen, dass sich Politiker mit einem Ehrenzeichen selber schmücken wollen. Das ist ja wirklich Wahnsinn, wie weit das hergeholt ist. Der Antrag unterstellt also, dass politisches Engagement immer nur eigennützig ausgeübt wird.

(Zurufe von der AfD)

Aber das ist natürlich die Masche der AfD. Es ist eine systematische Schmähung unseres Staates, eine systematische Schmähung all seiner Repräsentanten. Sie erwecken den Eindruck, dass der Staat und alle Politiker von Haus aus unglaublich wären. Damit sägen Sie an den Wurzeln unserer Demokratie. Das ist keine Kritik, sondern das ist Zerstörung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Sie zerstören, Sie zerstören. Das ist Ihr Markenkern, das ist Ihr Geschäftsmodell über sämtliche Plattformen, auf denen Sie aktiv sind. Leider durchschauen viel zu wenig Menschen, was Sie in Wirklichkeit vorhaben.

Sie fällen mit diesem Antrag auch ein Pauschalurteil über eine ganze Gruppe von Personen und Menschen. Sie bedienen ständig auf allen Ebenen niedrige Beweggründe, die nichts mit den tatsächlichen Verhältnissen zu tun haben.

Ich gebe Ihnen für diesen Vorgang einmal ein Beispiel; es gibt ohnehin nur eine verschwindend geringe Anzahl, wo das überhaupt in Betracht kommen könnte: Wenn beispielsweise ein aktiver Bundestagsabgeordneter vielleicht 20 Jahre Reserveoffizier war, in diesem Rahmen Auslandseinsätze gemacht, sich konkret für die Verteidigung eingesetzt hat, dann wollen Sie dem dieses Ehrenzeichen möglicherweise verweigern. Er bekäme es nicht, weil er ein freies Mandat hat.

Meine Damen und Herren, für mich wäre das a) kleinkariert und b) zeigt es für mich auch eine totale Geringschätzung von politischem Engagement, was Sie hier mit dem Änderungsantrag zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Schutz vor Missbrauch ist natürlich selbstverständlich und muss auch sein. Schutz vor Missbrauch des Ehrenzeichens wird es aber auch geben. Dafür gibt es die Statuten, dafür gibt es Kriterien, dafür gibt es ein Verfahren – aber nicht einen Generalausschluss und einen Generalverdacht, meine Damen und Herren.

Die Bundeswehr stellt sich neu auf. Das ist, wie gesagt, keine Meinung, sondern Realität. Das Gesetz ist die Antwort auf einen Aggressor, der den Frieden in Europa stört. Der Freistaat Bayern kann und darf diese Entwicklung nicht ignorieren. Wir passen deshalb unser Ehrenzeichen an. Wer bei der Landes- und Bündnisverteidigung Außerordentliches leistet, der soll eine verdiente Anerkennung bekommen. So ein Ehrenzeichen heißt immer: außergewöhnliche Leistungen, echtes Engagement. Das ist niemals ein Selbstläufer.

Wir werden dem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Kollege Stefan Löw.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätzter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Fackler, die Zerstörung des Vertrauens der Bürger schafft ihr schon selber.

(Beifall bei der AfD)

Siehe zum Beispiel unseren Herrn Merz mit seinen gebrochenen Wahlversprechen. Er hat, damit er das Sondervermögen durchkriegt, extra noch einmal den abgewählten Bundestag einberufen, was es bei uns im Land eigentlich noch nie gegeben hat. Er hat gewusst, er hat im neuen Bundestag die Mehrheiten nicht mehr, darum hat er den alten einberufen. Da hat er das durchgebracht, was er in der Wahl immer anders versprochen hatte: dass es mit ihm keine Schulden und kein Sondervermögen geben werde. – Trotzdem hat er es gemacht.

Wir von der AfD unterstützen alles, was dem Frieden und der Völkerverständigung dient.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD: Oje!)

Auch wir sind der Meinung, Verteidigung ist wichtig. Gerade dieser Punkt wurde von den letzten Regierungen ja sträflich vernachlässigt. Jahrelang wurde die Bundeswehr kaputtgespart.

Mit der Erweiterung des Empfängerkreises auf militärische und zivile Persönlichkeiten besteht die Gefahr, dass das Ehrenzeichen aus Gefälligkeit oder politischer Notwendigkeit an Talkshow-Generäle und kämpferische Sonntagsredner verliehen wird; an Politiker, die zwar große Medienpräsenz haben, aber dem Erhalt des Friedens nicht

nutzen, sondern dem Frieden sogar schaden. Das wäre ein Schlag ins Gesicht für die, die es wirklich verdient haben.

Dieses Ehrenzeichen soll eine Anerkennung für echten Einsatz sein, für echte Taten und für echte Ideale. Es soll Menschen würdigen und kenntlich machen, die sonst eben nicht gesehen werden. Das schließt uns Politiker automatisch aus; denn wir sind Personen des öffentlichen Lebens.

Wir fordern deswegen, dass dieses Ehrenzeichen nicht an aktive oder ehemalige Abgeordnete oder Minister verliehen werden darf – weder auf der Landes- noch auf der Bundes- oder der EU-Ebene. Kommunalpolitiker sollen es natürlich kriegen können.

Was wir heute beschließen, ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Entweder meinen wir es mit der Wertschätzung für unsere Einsatzkräfte ernst, oder wir machen dieses Ehrenzeichen zur leeren Hülse.

Stimmen Sie für unseren Antrag. Sagen wir den Bürgern deutlich: Dieses Ehrenzeichen ist für Helden, nicht für Redner; es ist für Macher, nicht für Talkshow-Gäste.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Freiheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt. – Das ist ein Zitat, das dem einen oder anderen noch im Gedächtnis ist. Es war Peter Struck, der frühere Verteidigungsminister, der das vor knapp 24 Jahren gesagt hat, als wir als Antwort auf die Anschläge des 11. September 2001 versucht haben, in Afghanistan für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, und tatsächlich unsere Freiheit und unsere Sicherheit mit unseren Einsatzkräften dort verteidigt haben. Viele Soldaten sind traumatisiert zurückgekommen. Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes für unser Land Sonderopfer gebracht.

Momentan ist unsere Freiheit erheblich in Gefahr. Sie wird momentan in der Ukraine verteidigt, allerdings nicht durch Soldaten der Bundeswehr, sondern durch Soldaten der Ukraine, die mit unseren Waffen und unserer Unterstützung

(Christoph Maier (AfD): Und unserem Geld!)

dort kämpfen.

– Herr Kollege Maier, es ist klar, dass Sie als Sprachrohr des Kremls das missbilligen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der SPD – Widerspruch des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

– Da brauchen Sie gar nicht so schräg zu lachen. Entweder haben Sie es nicht begriffen, oder Sie betreiben aktiv Politik für ein Land, das sich nicht von der Sowjetunion distanziert, das einen Führer hat – und ich sage das Wort ganz ausdrücklich –, der sich in der Tradition von Josef Stalin sieht, also einen Mann, der sich zum Kommunismus bekennt. Das ist der, den ihr hofiert, zu dem ihr nach Sankt Petersburg fahrt, um ihm eure Aufwartung zu machen. Das ist entsetzlich, das ist abscheulich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Wenn ich in Ihre Reihen schaue, sehe ich, dass der eine oder andere auch betroffen schaut. Das spricht für den einen oder anderen von Ihnen, aber bei Ihnen, Herr Kollege Maier, brauche ich da gar nicht anzusetzen. Einer, der sagt, es sei ehrenhaft, die erste Strophe des Deutschlandliedes zu singen, bei dem ist jeder weitere Kommentar überflüssig.

Aber kommen wir zum Gesetzentwurf, den wir heute in Zweiter Lesung beraten. Das ist ein Gesetzentwurf, der in die Zeit passt, ein Gesetzentwurf, der richtig ist, ein Gesetzentwurf, der Menschen auszeichnet, die sich für Verteidigung und Frieden einsetzen, und damit die Spange etwas größer fasst, als das bisher der Fall war.

Ich halte das für notwendig; denn das eine ist der Auslandseinsatz, den ich genannt habe. Aber einen Beitrag zum Frieden leisten auch diejenigen, die nicht mit der Waffe kämpfen, Menschen, die sich für Völkerverständigung einsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

– Vielleicht hören Sie mal zu, dann können Sie eventuell noch etwas lernen. Ich sage Ihnen jetzt einen Namen, und da möchte ich dann schon wissen, wie das mit Ihrem Änderungsantrag in Verbindung zu bringen ist: Ich kenne einen Menschen – den kennen Sie alle –, der sich tatsächlich für Frieden und Völkerverständigung in Europa starkmacht, und das seit vielen Jahren und sehr erfolgreich. Pfingsten, Sudetendeutscher Tag: Ich nenne den Namen Bernd Posselt. Diesen Mann, den ich durchaus für würdig halten würde, so einen Orden zu bekommen, wollen Sie pauschal von der Liste derer streichen, die hierfür infrage kommen, weil Bernd Posselt tatsächlich früher einmal dem Europaparlament angehörte.

Herr Kollege Singer, das wussten Sie vielleicht nicht. Aber das sagen Sie ihm gerne einmal ins Gesicht, dass er unwürdig ist, so einen Orden zu bekommen, weil er im Europaparlament saß.

Das heißt, der Einsatz im Europaparlament für Frieden und Völkerverständigung sperrt einen, der sich außerhalb des Parlaments für eben diese Werte einsetzt. Leute, das ist absurd.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich noch einen Satz zu Feuerwehren und Hilfsorganisationen sagen. Ja, auch die tragen zur Sicherheit, zur Verteidigung, zur Resilienz und damit auch zum Frieden bei; denn funktionierende Strukturen sind das, was am abschreckendsten wirkt. Ich habe in meiner Jugend im Kalten Krieg die Sowjetunion, die kommunistische Bedrohung aus dem Osten, noch hautnah erlebt. Ich war bei der Bundeswehr, als

es diese Bedrohung noch gab. Was hat uns geschützt? – Uns hat geschützt unsere damals noch intakte Bundeswehr mit damals noch intakten Waffen

(Christoph Maier (AfD): Damals noch intakte Waffen?)

und natürlich auch unser Verteidigungswille und unsere funktionierenden Strukturen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Wir waren und sind krisenerprobt. Das ist gut, und selbstverständlich müssen wir in der Lage sein, auch das besonders zu würdigen.

Ich danke für diesen Gesetzentwurf. Wir werden ihm zustimmen. Den absurden Änderungsantrag – ich sage das nicht immer, aber in dem Fall ist das wirklich ein absurder Änderungsantrag – der AfD werden wir mit Überzeugung ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Abgeordnete Christoph Maier, AfD-Fraktion, das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Pohl, ganz zum Schluss Ihrer Rede haben Sie davon gesprochen, dass Sie selbst bei der Bundeswehr waren, als der Kalte Krieg herrschte, und dass die Bundeswehr damals – so habe ich es wörtlich gehört, und so wird es auch im Protokoll stehen – noch intakte Waffen hatte. Was wollten Sie uns über den Zustand der deutschen Bundeswehr hier im Bayerischen Landtag damit sagen – damals hatte die Bundeswehr noch intakte Waffen –, ohne dass Sie eine weitere Erklärung abgegeben hätten? Danke schön für die Antwort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Maier, lesen Sie das Buch von Richard Drexel, "Nicht einmal bedingt abwehrbereit". Darin können Sie all das nachlesen. Richard Drexel war übrigens Kommandeur der Technischen Schule der Luftwaffe 1 in Kaufbeuren und ist ein enger Freund von mir. Er war mal Referatsleiter für Beschaffungswesen für die Luftwaffe im Verteidigungsministerium. Er war Präsident des Bayerischen Sol-

datenbundes. Er ist ein exzellenter Kenner der Materie. Er hat die Defizite aufgezeigt. Die Defizite kennen wir. Die Defizite haben alle Mitglieder des Deutschen Bundestages, soweit sie sich mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen, bemerkt. Da kann ich tatsächlich sagen, dass alle Fraktionen das bemerkt haben. Wenn es bei Ihnen noch nicht angekommen ist, Herr Kollege Maier, dann kann ich das nicht ändern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Florian Siekmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Gesetzentwurf im Innenausschuss ja ausgiebig beraten und mit großer Mehrheit beschlossen, weil uns, glaube ich, eines eint, nämlich die Wertschätzung für Menschen, die ihr Leben, ihre Gesundheit einsetzen, um für Frieden, aber auch die notwendige Verteidigung zu sorgen. Diese Wertschätzung ist für uns alle hier zentral.

Das gilt gleichermaßen für Angehörige der Streitkräfte, also der Bundeswehr, wie für Hilfsorganisationen, wie für zivile Persönlichkeiten, die in der Vergangenheit auch immer einen großen Anteil daran hatten, dass am Ende Krisen, Konflikte, Kriege, Auseinandersetzungen wirklich so gelöst worden sind, dass man auch wieder in einen dauerhaft friedlichen Zustand kommen konnte.

Der Fokus verschiebt sich ein Stück weit: Die Weitung des Ehrenzeichens finden wir richtig, nämlich weg von einem rein auslandseinsatzbezogenen Ehrenzeichen hin zu einem, das das Gesamtwerk Frieden und Verteidigung sieht; denn es ist eine Gemeinschaftsaufgabe und ein Gemeinschaftswerk, das aus der Zusammenarbeit von Bundeswehr, Hilfsorganisationen, aber eben auch von engagierten Persönlichkeiten entsteht. Erst dieses Gesamtwerk macht dann Widerstandsfähigkeit möglich.

Da, Herr Kollege Pohl, habe ich ein bisschen eine andere Meinung. Ich glaube, die zentrale Antwort auf den Aggressor ist weniger dieser Gesetzentwurf, sondern mehr im Kern diese Widerstandskraft, die wir in unserem Land besitzen müssen, die demokratische Widerstandskraft, die militärische Widerstandskraft, aber auch die Widerstandskraft im Bevölkerungsschutz. So ein Ehrenzeichen zu verleihen, das ist am Ende die politische Kür.

Aber die politische Pflicht, die davor erfüllt werden muss, für die wir als Bayerischer Landtag, wir als Abgeordnete, in der Verantwortung stehen, besteht darin, den Rahmen dafür zu setzen. Das heißt bei uns insbesondere, für den Bevölkerungsschutz zu sorgen. Da haben wir eben auch noch viele Hausaufgaben zu machen: Die Helfer-gleichstellung ist noch nicht da. Die Katastrophenschutzlager sind noch nicht fertig eingerichtet. Über Ausbildungskurse werden wir nachher bei den Dringlichkeitsanträ-gen weiter diskutieren. Die kritische Infrastruktur ist noch nicht überall geschützt. Die Vorbereitung der Bevölkerung und das Herstellen dieser Widerstandskraft ist noch bei Weitem nicht erreicht. Das heißt, das Ganze ist ein Zeichen, aber die politische Pflicht ist auf jeden Fall noch zu erledigen.

Wir werden dem Gesetzentwurf heute zustimmen. Gleichzeitig mahnen wir an, dass man es am Ende nicht bei Ehrenzeichen, Ehrungen oder Orden belassen darf. Kern-aufgabe von Politik ist es, die großen und notwendigen Veränderungen herbeizufüh-ren, damit vor allem diejenigen, die vielleicht später mit einem solchen Ehrenzeichen für ihren Einsatz ausgezeichnet werden, mit einem besseren Gefühl in diesen Einsatz gehen können, weil sie wissen, dass die Menschen hier im Land möglichst gut auf die Situation vorbereitet sind. Im Zweifelsfall ist es dann einfacher, Familie, Freunde und Bekannte hinter sich zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Markus Rinderspacher. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Zweiten Lesung befassen wir uns heute mit einem Gesetzentwurf, der auf den ersten Blick eine Anpassung des Ehrenzeichenrechts darstellt, tatsächlich aber eine wichtige inhaltliche Weiterentwicklung unserer staatlichen Anerkennungskultur vornimmt. Der Kern des Gesetzentwurfs ist die Umwandlung des bisherigen Ehrenzeichens für Verdienste im Auslandseinsatz in ein Ehrenzeichen für Verdienste um Frieden und Verteidigung. Damit wird der Kreis derjenigen Leistungen, die Bayern auszeichnen kann, sinnvoll erweitert.

Das bisherige Ehrenzeichen war in seiner Bezeichnung und Ausrichtung eng mit dem Schwerpunkt der vergangenen Jahrzehnte verbunden. Es trug der Zeit Rechnung, in der Auslandseinsätze der Bundeswehr das öffentliche Bild deutscher Sicherheitspolitik maßgeblich prägten. Die Bundeswehr war auf dem Balkan, in Afghanistan, in Mali und an vielen anderen Orten im Einsatz. Wer dort Verantwortung übernahm und unter schwierigen Bedingungen half, den Frieden zu sichern, die Stabilität zu fördern und Menschen zu schützen, verdiente und verdient unsere Anerkennung. Als sozialdemokratische Partei, die aktuell den hochgeschätzten Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius stellt, den beliebtesten Politiker der Bundesrepublik Deutschland, sagen wir ausdrücklich: Unser Dank gilt unseren Soldatinnen und Soldaten für ihren Dienst an unserem Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Aufgaben von Frieden und Verteidigung erschöpfen sich nicht in Auslandseinsätzen. Genau dieser Erkenntnis folgt der vorliegende Gesetzentwurf. Künftig soll das Ehrenzeichen an militärische und zivile Persönlichkeiten verliehen werden, die sich in besonderer Weise um Frieden, Landesverteidigung oder Bündnisverteidigung verdient gemacht haben. Damit wird das Spektrum sicherheitsrelevanter Leistungen erfasst. Die Auszeichnung öffnet sich für diejenigen, die zur Verteidigung unserer Freiheit beitragen, unabhängig davon, ob dies im Ausland oder im Inland geschieht. Das ist ein sachgerechter und zeitgemäßer Ansatz.

Der Gesetzentwurf schafft dabei ausdrücklich keine militärische Sonderauszeichnung. Vielmehr bleibt das Ehrenzeichen eine zivile Auszeichnung des Freistaats Bayern. Gewürdigt werden können sowohl militärische als auch zivile Verdienste um Frieden, Freiheit und Sicherheit. Ebenso gibt es auch weiterhin eine Regelung für die humanitären Auslandseinsätze von Hilfsorganisationen. Mit der Neuausrichtung des Ehrenzeichens entsteht keine Anerkennungslücke. Vielmehr werden diese Leistungen künftig systemgerecht im Feuerwehr- und Hilfsorganisationen-Ehrenzeichengesetz verankert. Wer Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen rettet, wer humanitäre Hilfe leistet oder nach Katastrophen zerstörte Infrastruktur wiederherstellt, soll auch weiterhin ausgezeichnet werden können. Der Gesetzentwurf stellt also sicher, dass diese Verdienste sichtbar und würdig anerkannt bleiben. Das ist nicht nur folgerichtig, sondern auch ein wichtiges Signal an die vielen Angehörigen von Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks, die weltweit Hilfe leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Der vorliegende Gesetzentwurf bewahrt die Anerkennung für frühere Auslandseinsätze. Er stärkt die Würdigung von Leistungen für Frieden und Verteidigung insgesamt. Er schafft eine nachvollziehbare Zuordnung humanitärer Hilfseinsätze. Er sorgt dafür, dass staatliche Auszeichnungen auch künftig die Realität derjenigen abbilden, die Verantwortung für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit und für unseren Frieden übernehmen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 19/11035, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/11924 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport auf Drucksache 19/12315 zugrunde.

Zunächst ist über den auf Ausschussebene zur Ablehnung empfohlenen Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/11924 abzustimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt Zustimmung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung mit der Maßgabe, dass in den Platzhalter von § 3 als Datum des Inkrafttretens der "1. Juli 2026" und in den Platzhalter von § 1 Nummer 5 der "30. Juni 2026" eingesetzt werden. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf Drucksache 19/12315.

Wer dem Gesetzentwurf mit der empfohlenen Maßgabe zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Neuordnung der Bayerischen Ehrenzeichen infolge der strategischen Neuausrichtung der Bundeswehr".